Stadt
Luzern
Kommunikation

Zwischenbericht zur städtischen Wohnraumpolitik

E-Mail

Medien Stadt Luzern

Medienmitteilung

Mediensperrfrist
20. August 2019, 11 Uhr

Luzern, 20. August 2019

Ein Zwischenbericht zuhanden des Grossen Stadtrates zeigt, dass sich die Stossrichtungen und Massnahmen der städtischen Wohnraumpolitik bewährt haben. Auch die Umsetzung der Initiative «Für zahlbaren Wohnraum» ist unter anderem dank der Abgabe von vier städtischen Grundstücken an gemeinnützige Bauträger auf gutem Weg.

Die Luzerner Stimmberechtigten haben 2012 entschieden, dass der Anteil gemeinnütziger Wohnungen in der Stadt Luzern bis 2037 16 Prozent betragen soll. Die Stadt Luzern hat in den vergangenen Jahren die dazu nötigen Strukturen und Rahmenbedingungen geschaffen. So wurde die Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Bauträgern intensiviert. 2013 wurde das «G-Net. Netzwerk gemeinnütziger Wohnbauträger Luzern» gegründet. Es steht in regelmässigem Austausch mit der Stadt. Eine weitere Massnahme ist die finanzielle Stärkung der Gemeinnützigen Stiftung für preisgünstigen Wohnraum Luzern (GSW). Sie schafft und vermittelt günstigen Wohnraum für Familien und Personen mit kleinem Einkommen. Zudem wurden raumplanerische Instrumente zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus eingeführt. Beispielsweise können Bauträger von einem Ausnützungsbonus profitieren, wenn sie in einem Projekt mit Gestaltungsplan gemeinnützige Wohnungen realisieren. Weiter wurde mit dem «Luzerner Modell» für Baurechtsverträge eine Grundlage für die Abgabe städtischer Grundstücke für gemeinnützigen Wohnungsbau erarbeitet. Die vier städtischen Areale Obere Bernstrasse, Industriestrasse, Eichwaldstrasse und Hochhüsliweid konnten im Baurecht an gemeinnützige Genossenschaften abgegeben werden.

Zwischen 2014 und 2017 konnte in der Stadt Luzern ein Plus von rund 210 gemeinnützigen Wohnungen verzeichnet werden. Sie sind vor allem auf Neubauten und Zukäufe von Liegenschaften durch Wohnbaugenossenschaften zurückzuführen. Der Anteil an gemeinnützigen Wohnungen am gesamten Wohnungsbestand ist in dieser Zeit allerdings nicht gestiegen, sondern leicht von

Stadt Luzern
Kommunikation
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 83 00
E-Mail: kommunikation@stadtluzern.ch
www.kommunikation.stadtluzern.ch

13,5 auf 13,4 Prozent zurückgegangen. Mit ein Grund dafür ist der Neubau Himmelrich 3 der Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern (ABL), für den 210 Wohnungen abgerissen wurden.

Potenzial von 2000 gemeinnützigen Wohnungen
Der Stadtrat ist zuversichtlich, dass das Ziel von 16 Prozent dank den geschaffenen Strukturen und Rahmenbedingungen bis 2037 erreicht wird. So werden bis 2024 auf den vier städtischen Arealen, die die Stadt in den letzten Jahren im Baurecht abgegeben hat, sowie auf Grundstücken verschiedener Genossenschaften rund 600 zusätzliche gemeinnützige Wohnungen entstehen. Hinzu kommt, dass der Stadtrat in den kommenden Jahren unter anderem auch die Areale Vorderruopigen, Abendweg oder Biregg/Kleinmatt abgeben will. Zudem hat er im Zwischenbericht weitere Areale – Littau West, Staffelntäli und heutiges Schulhaus Steinhof – definiert, die ebenfalls dem gemeinnützigen Wohnungsbau zugeführt werden sollen.

Alleine die städtischen Areale haben insgesamt ein Potenzial von über 2000 zusätzlichen Wohnungen. Der Zwischenbericht zeigt auf, dass die 16 Prozent bis 2037 gut erreicht werden können, wenn ein Grossteil dieses Potenzials ausgeschöpft wird und wenn gleichzeitig die gemeinnützigen Bauträger weitere Immobilien erwerben sowie sanierungsbedürftige Siedlungen mit Neubauten oder Aufstockungen verdichten.

Vielfältiges Wohnungsangebot
Die Schaffung von gemeinnützigen Wohnungen ist nur ein Ziel der städtischen Wohnraumpolitik. Der Stadtrat will für alle Bevölkerungsgruppen eine hohe Lebensqualität und ein vielfältiges Wohnungsangebot zur Verfügung stellen, das heisst für Menschen unterschiedlichen Alters, Einkommens oder Lebensstilen. Dies ist eine Voraussetzung für die Förderung sozialräumlicher Durchmischung. Gleichzeitig will er den Wohnflächenverbrauch pro Kopf reduzieren und energieeffizientes Wohnen fördern. Der Zwischenbericht zeigt, dass der eingeschlagene Weg zielführend ist.

Strategie zum Wohnen im Alter
Im Zwischenbericht werden auch zwei neue Massnahmen vorgeschlagen: Der Stadtrat will ein Monitoring für Vermietungsplattformen wie Airbnb einführen und eine Einschränkung professioneller Angebote von touristisch genutzten Zweitwohnungen prüfen. Zudem will er eine Strategie zum Wohnen im Alter entwickeln, mit der auch die Schnittstellen zwischen der Alterspolitik und der Wohnraumpolitik geklärt werden sollen.

Weitere Informationen: www.wohnen.stadtluzern.ch

Weitere Auskünfte erteilt Ihnen:
Stadt Luzern
Baudirektion
Stadträtin Manuela Jost, Baudirektorin
Telefon: 041 208 85 05
E-Mail: baudirektion@stadtluzern.ch